

Protokollauszug

aus der
17. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses
vom 28.04.2016

öffentlich

Top 3 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

Herr Liebe berichtet über die Sitzung des **Unterausschusses** vom 19.04.2016. Er informiert, dass Herr Toppel (Polizeiinspektion Potsdam) an der Sitzung teilgenommen hat und mit ihm eine Auswertung der Demo-Ereignisse erfolgt ist. Herr Toppel hat dabei deutlich gemacht, dass es in der Situation vor Ort fast nicht möglich ist, zwischen Gewaltbereiten, Demo-Touristen und friedlich Demonstrierenden zu unterscheiden. Ziel ist, direkte Konfrontationen der Teilnehmer der verschiedenen Demonstrationen zu verhindern sowie das Versammlungsrecht durchzusetzen. Des Weiteren hat der Unterausschuss die März-Sitzung des Jugendhilfeausschusses ausgewertet und sich in Vorbereitung auf die heutige Sitzung mit dem Entwurf der Richtlinie Entgelte befasst.

Herr Kulke fragt, ob in der Kommunikation mit Herrn Toppel, auch die Fragen gestellt, die in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses aufgekommen sind, wie z.B. die Arbeit der Polizei mit Minderjährigen.

Herr Liebe erklärt, dass laut Aussage von Herrn Toppel bei Kindern anders reagiert wird. Man ist immer bemüht, die Beamten ausreichend zu schulen. Eine Unterscheidung bei Jugendlichen ist schwer möglich. Hier kann durch die Beamten in der Situation vor Ort nicht unterschieden werden.

Frau Hübner ergänzt, dass Herr Toppel an dieser Stelle nur für seine Potsdamer Kollegen sprechen konnte. Er hat auch darauf hingewiesen, dass es für Beamte aus anderen Städten auch aufgrund der fehlenden Ortskenntnis schwer einzuschätzen ist.

Frau Frehse-Sevran regt an zu überlegen, ob man regelmäßig mit der Polizei redet und die Beamten sensibilisiert. Sie hält es für kontraproduktiv, Vertreter einzuladen und zur Rechenschaft zu ziehen.

Frau Dr. Müller ergänzt, dass überlegt werden sollte, in welchem Rahmen Kontakt zu Vertretern des Antikonfliktteams aufgenommen werden kann.

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass Frau Mischur als Vertreterin der Polizeiinspektion die Anregungen mitnehmen und in der nächsten Sitzung eine Rückmeldung geben kann.

Frau Mischur bestätigt dies und regt an, mit den Ausbildern des Anti-Konflikt-Teams ins Gespräch zu kommen.

Herr Boede schlägt vor, dass Herr Gehl in der nächsten Sitzung dazu Informationen gibt. Ggf. sollte dann auch auf entsprechende Dienstanweisungen eingegangen werden.

Frau Frenkler teilt mit, dass sie den Bericht zur **AG Kita** am 27.04.2016 an Frau Spyra geschickt hat. Dieser wird dann dem Tagesordnungspunkt der Niederschrift im Ratsinformationssystem beigefügt. Sie informiert, dass die Resolution an das Land, im Mai im JHA besprochen werden soll. In der AG Kita ist der Austausch zur Platzsituation und zur Auslastungsquote erfolgt. Alle Kita-Träger sind bereit, nach Möglichkeiten zu suchen, noch Kapazitäten zur Verfügung zu stellen. Auch dem Kita-Navigator sehen die Träger freudig entgegen. Es gibt Überlegung zur Einrichtung eines Elternbeirates.

Herr Ströber teilt mit, dass die **AG Hilfen zur Erziehung** am 24.05.2016 die nächste Sitzung hat. In diesem Zusammenhang informiert Herr Tölke, dass ab dem 02.05.2016 die Stelle Qualitätsmanagement für Hilfen zur Erziehung wieder besetzt ist. Frau Berg wird diese Aufgabe übernehmen. Sie ist bereits Mitarbeiterin im Jugendamt, und in der Jugendgerichtshilfe (JGH) tätig.

Frau Hübner berichtet, dass die **Regionale Jugendhilfe AG 3** am 20.04.2016 getagt und sich mit dem Handlungsziel 4.4 des Jugendhilfeplanes befasst hat. Es wurde festgestellt, dass einige Formulierungen so nicht in allen Bereichen durchzusetzen sind.

Des Weiteren gab es eine Verständigung zur Hortplatzsituation in der Waldstadt. Auch das Konzept des Familienzentrums im Bisamkiez wurde ausführlich besprochen.

AG gemäß § 78 Kita (LHP)
Schriftlicher Bericht im JHA am 28.04.2016 aus der Sitzung vom 19.04.2016
Protokollauszug

Wahl des Stellvertreters

Hr. Gerald Siegert, Die Kinderwelt gGmbH wurde einstimmig als Stellvertreter gewählt.

Kita Plätze - Situation und Ausbaumöglichkeiten

Die Presseveröffentlichungen in den vergangenen Wochen zum Thema „fehlende Kita Plätze“ haben eine Eigendynamik entwickelt, die für den Prozess nicht unterstützend ist, die suchenden Eltern mit Kita Plätzen zu versorgen. Das soll zukünftig vermieden werden, bestenfalls durch gemeinsame Erklärungen.

Die Verwaltung präsentiert die Ausgangslage für die Bedarfsplanung 2016/17.
Sie dankt allen Trägern, die Plätze geschaffen haben.

Es besteht Einvernehmen darüber, dass die Kitas aus den vorgenannten Gründen nicht mit voller Kapazität an allen 4 Stichtagen ausgelastet sein können. Deshalb muss die Quote, „100% Auslastung“ bis zum Ende des Jahres 2016 durch die LHP definiert bzw. korrigiert werden.

Die Träger werden die individuelle Raumsituation jeder Kita und Möglichkeiten der zusätzlichen Bereitstellung von Plätzen prüfen.

Die Träger berichten, dass die Rückstellungen von Kindern vom Schulbesuch vermeintlich zunehmen. Dazu hält die Verwaltung interne Rücksprachen.

Einführung Kita Navigator, Online Anmeldeverfahren

Um die Anmeldesituation für alle Beteiligten insgesamt zu verbessern, den Überblick über die Anzahl suchender Eltern zu erlangen, Mehrfachanmeldungen zu vermeiden und den Bedarf konkret zu bemessen wird die Einführung einer Software positiv unterstützend eingeschätzt.

Die Verwaltung wird die Leistung zeitnah ausschreiben. Die Anwendung ist zum Kitajahresbeginn 2017/18 vorgesehen.

Für den gemeinsamen Prozess wird die UAG „Anmeldung“ gebildet.

Erläuterungen der LHP zu Elternbeiträgen

Die Erläuterungen werden bis zum Juni 2016 überarbeitet.

Zum Schreiben der Verwaltung vom 21.03.2016 wurde keine Einigkeit darüber erzielt, fiktive Elternbeiträge, die im Abrechnungsjahr nicht bezahlt wurden, in den Betriebskostenabrechnungen in Ansatz zu bringen. Die Lage der Träger bei Forderungsausfällen aus Elternbeitrag und Essengeld ist sehr unterschiedlich. Es zeichnet sich ab, dass die AWO Kita Kinderland mit ca. 10 T€ Ausfällen p.a. am höchsten belastet ist.

Elternbeitragssatzung LHP, Wirkungsanalyse 2017:

Das gemeinsame Vorgehen wurde abgestimmt.

AG gemäß § 78 Kita (LHP)
Schriftlicher Bericht im JHA am 28.04.2016 aus der Sitzung vom 19.04.2016
Protokollauszug

„Kita Zoom“ Empfehlungen der Bertelsmann Stiftung aus der Abschlussveranstaltung am 14.04.2016

Wichtigste Erkenntnisse:

- LHP werden 45,8 % der Kinder U 3 und 38,2 % Ü 3 mit 10 Stunden/Tag Rechtsanspruch betreut, die höchste Anzahl aus den 3 Modellregionen
- Diese längere Betreuungszeit wird bei der Personalbemessung und Finanzierung nicht berücksichtigt.
- Die geringfügigen Verbesserungen des Landes bei der Personalbemessung sind im Alltag einer Kita nicht spürbar.
- Chancengleichheit für Kinder bedeutet: ungleiche Finanzierung für gleiche Chancen (Schwerpunktkitas, Kinder mit besonderem Bedarf, Flüchtlingskinder)
- Umfangreiche Leitungsaufgaben sind nicht mit entsprechender Personalbemessung unterlegt

Wie weiter mit den Ergebnissen in der LHP?

- Politischer Auftrag zur Fortsetzung des Dialogs muss an die Landesregierung ergehen
- LHP wird sich im Landeskinder- und Jugendausschuss sowie im Städte- und Gemeindebund entsprechend positionieren
- Ergebnisoffener Dialog der Verantwortungsgemeinschaft muss durch MBSJ koordiniert werden
- KitaG novellieren, Klarheiten unbestimmter Rechtsbegriffe
- Standards zur einheitlichen Umsetzung des KitaG im Land BRB in Dialog einbringen
- Klärung der Finanzierungszuständigkeiten im Prozess anstreben
- Betriebs- und Sachkosten schrittweise verbessern

Resolution an das Land BRB, Stand Entwurf AG an JHA

Die vorgenannten Ergebnisse aus dem Projekt „Kita Zoom“ werden in die Entwurfsfassung eingearbeitet. Die Resolution soll im Mai im JHA verabschiedet werden.

Sehr interessante Informationen unter:

<http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/kita-zoom-ressourcen-wirksam-einsetzen/projektthemen/kita-zoom-in-brandenburg/>

KitaG BRB § 6a (seit 01.08.2015), Örtliche Elternbeiräte und Landeselternbeirat

Zur Umsetzung des KitaG § 6a, Bildung eines örtlichen Elternbeirats wird sich die Verwaltung intern verständigen und das Ergebnis in die AG einbringen.

Kita FR 2017

Der Arbeitsstand der UAG KitaFR wurde auf der Grundlage des ersten Entwurfs beraten. Die Pauschalen werden in einem Stufenplan bearbeitet und schrittweise verändert. Die To-do-Liste UAG KitaFR wird erstellt.

AG gemäß § 78 Kita (LHP)
Schriftlicher Bericht im JHA am 28.04.2016 aus der Sitzung vom 19.04.2016
Protokollauszug

Beraten wurden u.a. die Pauschalen für Hausmeister und Reinigung, der angemessene Aufwendungsersatz (ortsübliche/kalkulatorische Miete), die Abschaffung der Stufen (bis 100 Plätze, 101 bis ...) in einzelnen Kostenbereichen der Finanzierung und des Merkmals „Hort an der Schule“ als erster Schritt zu auskömmlichen Pauschalen. ZB III A;B;C stehen auf der Agenda. Darüber hinaus ist beabsichtigt, die Versorgungspauschalen für das Mittagessen anzupassen.

Grundsätzlich zu klären ist der Umgang mit „Eigenleistungen“ entsprechend der aktuellen Norm, die Träger müssten zur Erfüllung der Aufgaben des Leistungsverpflichteten in einigen Betriebskostenbereichen 5% „Eigenleistung“ einsetzen. Das sehen die Träger der AG 78 als Ausschlusskriterium für die einvernehmliche Änderung der Pauschalen im ersten Schritt zum 01.01.2017.

Investitionen

Die LHP und die Freien Träger haben jeweils einen Wirtschaftsprüfer beauftragt, die Refinanzierung von Investitionen bei Gebäuden im Eigentum der Träger zu bearbeiten. Diese haben den Auftrag, Mitte Mai 2016 ein gemeinsames Ergebnis zu präsentieren. Es soll sich dabei um einen „angemessenen Aufwendungsersatz“ für Investitionen handeln.

LHP Konzept „Flüchtlingskinder in der Kindertagesbetreuung“

Das Konzept wird gegenwärtig in der UAG fertiggestellt.

Qualitätsstandards

Die UAG Qualität wird die Ergebnisse der Bertelsmann Stiftung aus dem Projekt „Kita Zoom“ in die Beratung aufnehmen. Die Verwaltung bringt die Erfüllung ihres Pflichtauftrags nach SGB VIII § 79 a in die Erarbeitung der UAG ein.

Kinderschutz

Die Umsetzung des neuen Kinderschutz-Präventivkonzepts wurde thematisiert.

Ein weiterer wichtiger Hinweis an alle Träger zur Notwendigkeit, auf der Basis des Kinderschutzkonzeptes der LHP die trägerbezogene Umsetzung individuell festzulegen.

UAG Hort

Es wird erarbeitet, wie der Hort in den Übergang Kita/Schule einbezogen werden kann.

Die Grundsatzfrage, dass der Hort im Gesamtkonzept „Schule/Jugendhilfe“ als wichtigster Partner, der z.B. täglich mit den Lehrern und fast allen Kindern im Kontakt steht, nicht entsprechend beachtet wurde, ist noch nicht thematisiert.

AG gemäß § 78 Kita (LHP)
Schriftlicher Bericht im JHA am 28.04.2016 aus der Sitzung vom 19.04.2016
Protokollauszug

**Flüchtlingskinder und Kinder mit besonderem Bedarf,
Verfahren Antragstellung Eltern im Sozialamt/Jugendamt**

Die Zahlung der Pauschale für Flüchtlingskinder durch die LHP erfolgt pro Kind für die Dauer eines Jahres. Die AWO hat am Beispiel der Kita Kinderland eine Begründung an die Verwaltung gesendet, warum die Finanzierung des besonderen Bedarfs der Kinder auch danach fortgesetzt werden muss. Dies ist bei Prüfung des Einzelfalls auf Antrag möglich. Die Schwerpunktkita sollte aus der Sicht der Träger dauerhaft mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet werden.

Es gibt keinen Paragraphen, der für Kinder mit besonderem Bedarf, insbesondere mit groben Verhaltensauffälligkeiten mit Selbst- und Fremdgefährdungspotenzial, für die eine Antragstellung der Eltern im Sozialamt greift. Hierfür ist die Eingliederungshilfe nach Auslegung der aktuellen Gesetzeslage nicht zuständig.

Die Träger beschreiben, dass der institutionelle Weg zur Begutachtung von Kindern, insbesondere auch zum SGB VIII § 35a mit monatelangen Fristen verbunden ist. Bis zum Ersttermin vergehen oft viele Wochen, teilweise bis zu einem $\frac{3}{4}$ Jahr, danach stehen i.d.R. weitere Begutachtungen an.

Das bedeutet für die Kinder und die Kitas, dass sie über einen langen Zeitraum „aushalten“ und in erheblichem Umfang unterstützen und selbst tätig werden müssen. Das ist mit den vorhandenen Rahmenbedingungen durch Erzieher/innen und Leitung nicht zu gewährleisten. Es ist dringend erforderlich, eine Lösung für die Kinder mit besonderem Betreuungsbedarf zu schaffen.

Auch das Thema von zunehmenden multiplen Nahrungsmittelallergien von Kindern in der Kindertagesbetreuung muss geregelt werden. Vor dem Hintergrund der Inklusion muss dringend eine Lösung herbeigeführt werden. Das Thema wird in der UAG Qualität weiter bearbeitet.

Sabine Frenkler
AG Vorsitzende